

Beschluss:

1. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.
2. Der Erhebung einer Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen den Freistaat Bayern auf Erstattung sämtlicher Kosten, die der Landeshauptstadt München/ Sozialreferat zur Bewältigung der Corona-Pandemie unter anderem durch den ersten Katastrophenfall seit 2020 entstanden sind, wird zugestimmt.
3. Der Mandatierung einer spezialisierten Kanzlei zur Vertretung der Landeshauptstadt München zur Anspruchsdurchsetzung wird zugestimmt.
4. Die Finanzierung der entstehenden Verfahrenskosten erfolgt aus dem Referatsbudget.
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.